

Die Haltung des Abgeordnetenhauses und die öffentliche Meinung.

Das Abgeordnetenhaus steht vor wichtigen Entschlüssen, welche den Geist, in welchem dasselbe seine Pflichten auffaßt, und die Erwartungen, welche an die gegenwärtige Session überhaupt zu knüpfen sind, bestimmter erkennen lassen werden.

Die Regierung hat dem Hause in voriger Woche einen Entwurf zur Erweiterung der Bank-Ordnung vorgelegt, um die Geschäfte der preussischen Bank auch über Preußen hinaus auf wichtige deutsche Handelsplätze ausdehnen zu können. Diese Absicht der Regierung ist von der Handelswelt in Preußen und Norddeutschland überall mit Freuden begrüßt worden und die schnelle Ausführung derselben erscheint zumal im Zusammenhange mit den schleswig-holsteinischen Verhältnissen sehr dringlich.

Der Handelsminister ersuchte das Haus deshalb von vorn herein um eine recht baldige Erledigung der Sache. Der erste Eindruck auf das Haus selbst war auch augenscheinlich der, daß es rein unmöglich sei, den Vorschlag der Regierung abzuweisen, und es wurde nicht bloß von den Freunden, sondern auch von sonstigen Gegnern der Regierung beantragt, die Sache ohne weitläufige Kommissionsberatungen auf dem kürzesten Wege in wenigen Tagen gleich zur Schlussberatung zu bringen. Als es sodann hierzu kam, begann der Berichterstatter (im Uebrigen selbst ein eifriger Fortschrittsmann) mit der Erklärung: er brauche den Vorschlag der Regierung nicht zu empfehlen, derselbe empfehle sich von selbst. Während aber die Meisten glaubten, die Sache werde nun wirklich, wie es die Verhältnisse erforderten, alsbald abgemacht werden, traten unerwartet zwei Redner der Fortschrittspartei mit allerlei angeblichen Bedenken über unsere Bankverhältnisse überhaupt auf und verlangten, daß die Angelegenheit doch noch erst einer Kommission überwiesen werde, — und die Mehrheit des Hauses ließ sich richtig wieder auf den Abweg verleiten, auch diese so dringende Sache wenigstens zu verschleppen.

Es ist nun freilich fast undenkbar, daß es der politischen Leidenschaft der Fortschrittsleute gelingen sollte, auch in diesem Falle die Mehrheit des Hauses bis zur Ablehnung der Vorlage mit fortzureißen: fast sämtliche Blätter, die nicht ganz dem bloßen Parteitreiben verfallen sind, erheben sich diesmal einmüthig gegen ein solches Verhalten.

Eine Zeitung, welche sich sonst selbst zur Fortschrittspartei hält, vor Allem aber der Sache des preussischen Handels gewidmet ist, spricht es geradezu aus, daß hinter jenen Einreden der fortschrittlichen Abgeordneten nicht Anderes stecke, als die Absicht, der Bankverwaltung und dem Handelsminister Verlegenheiten zu bereiten: es sei eine bloße »Nörgelei«, die gegenüber den großen Zielen der Bankverwaltung um so verwerflicher sei. Seit Jahren dränge die deutsche Bewegung auf die deutsche Einheit hin, ein wichtiges Stück dieser Einheit sei die Münzeinheit, auf welche der ganze Handelsstand, sowie alle Politiker mit Wort und Schrift hinarbeiten. Nun werde diese Einheit von Seiten der preussischen Regierung praktisch und mit sicherer Aussicht auf Erfolg in die Hand genommen: die Absicht der Bank mache in Hamburg den gewaltigsten Eindruck und es sei gegründete Hoffnung vorhanden, daß es gelingen werde, im ganzen deutschen Norden die Münzverschiedenheit zu beseitigen: da komme die sogenannte »deutsche« Fortschrittspartei und stelle dem wichtigen Schritte ein Bein. »Was soll man von solchem Gebahren denken!« ruft das bisher demokratische Blatt selbst aus und fügt hinzu: »Wir haben es jüngst im Interesse unserer Partei bereits beklagt, daß die Fortschrittsfraction anscheinend nach Gelegenheiten hascht, das Land zu beirren und zu verwirren, indem sie seine Interessen ohne Noth in die Gefahr einer Schädigung versetzt. Dasselbe könnten wir hier wiederholen, wo sehr schwer wiegende Interessen von Handel und Gewerbe und die dringendsten Wünsche der Nation in Frage kommen.« Zum Schlusse wird den Führern der Fortschrittsfraction ob jenes Auftretens »der Fluch der Lächerlichkeit« verkündet.

So spricht bereits ein demokratisches Blatt von dem Treiben der Fortschrittsleute im Abgeordnetenhause. Vollends wenden alle

gemäßigten liberalen Stimmen sich von diesem Treiben mit scharfer Verurtheilung hinweg.

Außer jener Bank-Angelegenheit sollte das Abgeordnetenhaus jetzt eine Anzahl von Gesetzentwürfen wegen wichtiger Eisenbahn-Anlagen beraten. Da wurde aus der Fortschrittspartei der Antrag gestellt, diese Berathung hinauszuschieben, bis der Budgetstreit zu Gunsten des Hauses erledigt sei.

Auch hierüber spricht sich die öffentliche Meinung fast auf allen Seiten mit großer Mißbilligung aus.

Ein liberales Blatt giebt eine Uebersicht über die beantragten Unternehmungen und über die Umstände, welche dieselben wichtig und dringlich machen, und tadelt sodann auf das Unumwundenste die Absicht, die notwendige Staatsbeihilfe und die Aufnahme von Anleihen dazu zu verweigern. Es sei sinnlos, sich hierbei auf das Budgetrecht zu berufen, welches Nichts damit zu thun habe.

»Das Recht, eine Anleihe zu bewilligen oder abzulehnen, ist noch nie von der Regierung bestritten worden; darüber ist nie ein Kampf gewesen. Das Budgetbewilligungsrecht ist in Frage, aber nicht das Anleihenbewilligungsrecht. Versagt das Haus Anleihen zu den nothwendigsten und dringendsten Anlagen, ja zu Unternehmungen, die uns ein höchst wichtiger Staatsvertrag auferlegt, so thut es einen Schritt, der weit über den Streit hinausliegt, der sich zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus entsponnen, einen Schritt von der schwersten Verantwortlichkeit.«

Ein anderes Blatt, welches sonst gleichfalls ganz auf Seiten des Abgeordnetenhauses stand, sagt jetzt: »Das Abgeordnetenhaus hat, neben der Wahrung seiner Rechtsauffassung, zugleich dem Lande gegenüber die Pflicht übernommen, das allgemeine Wohl desselben nach bestem Willen und Vermögen zu fördern. Was zu diesem unabweislich gehört, das zu verweigern, weil das Budgetrecht nicht geordnet ist, wäre nicht mehr lebenskräftige Politik, sondern starrer Eigensinn, welcher zwar innerhalb der unverantwortlichen Stellung eines Abgeordneten sehr leicht und bequem ist und zu der wirklich keine außerordentliche Charakterstärke gehört, der aber dahin zu führen droht, daß der Nachtheil davon mehr auf das Abgeordnetenhaus, als auf die Regierung zurückfällt.«

Ebenso erheben sich von allen Seiten warnende Stimmen.

Nach vielfachen Anzeichen scheinen auch in der Mehrheit des Hauses selbst die Gefahren jenes Weges von allen Besonnenen wohl erkannt zu werden, aber es ist fraglich, ob dieselben unter den Verhältnissen, wie sie sich im Hause gestaltet haben, die Kraft und Selbstständigkeit wieder gewinnen werden, um sich der Herrschaft der Fortschrittspartei zu entwinden.

Der ganze unnatürliche Zustand, in welchem die Landesvertretung sich befindet, ist ja zum größten Theile daraus entstanden, daß die früher sogenannte Mittelpartei sich nach und nach und immer von Neuem in den bloßen Dienst der Fortschrittspartei begeben hat, und daß die besseren Absichten der Gemäßigteren stets vor den leidenschaftlichen und unverföhllichen Entschlüssen der schroffen Parteileute zurückweichen.

Jetzt oder nie wird sich zu zeigen haben, ob jene ursprünglich gemäßigte Fraction noch im Stande ist, sich zu irgend einer Selbstständigkeit aufzuraffen, oder ob das Haus durch die ausschließliche Herrschaft der Fortschrittspartei seinem Geschick weiter und unrettbar verfallen soll.

Der Stand der Schleswig-Holsteinischen Sache.

Die preussische Regierung hat nunmehr diejenigen Forderungen, welche sie im Interesse Preußens und Deutschlands, sowie zum wirksamen Schutz des künftigen Schleswig-Holsteinischen Staats unbedingt an denselben stellen muß, sorgfältig beraten, und dürfte deren Mittheilung an die verbündete österreichische Regierung unverweilt, vermuthlich im Laufe der nächsten Woche, erfolgen.

Irthümlich war jüngst gemeldet worden, daß diese Aufstellung und Mittheilung dadurch eine Verzögerung erfahren habe, weil die preussische Regierung vorher noch eine Anzahl angesehenen Männer

(Notabeln) aus den Herzogthümern Schleswig-Holstein über einzelne jener Bedingungen hören wollte.

Eine solche Befragung hat nicht in der Absicht der Regierung gelegen und würde dem gegenwärtigen Stande der Sache nicht entsprechen.

So sehr die preussische Regierung beabsichtigt, bei der schließlichen Entscheidung über die künftige Regierung der Herzogthümer auch die Stimme der Bevölkerung derselben in deren berechtigter Vertretung zu hören und gebührend zu berücksichtigen, so ist doch hierzu jetzt noch kein Anlaß, da es sich fürerst lediglich um die vorgängige Feststellung derjenigen Bedingungen handelt, deren Sicherung nach der wohlwollenden und pflichtmäßigen Ueberzeugung Preußens von den Erfordernissen des eigenen Staatswohls und von der nothwendigen Stellung zu den unserm Schutze befohlenen Herzogthümern jeder anderweitigen Entscheidung über die künftige Herrschaft in Schleswig-Holstein vorausgehen muß, und ohne deren rückhaltlose und unbedingte Anerkennung und Ausführung kein Souverain dort endgültig eingesetzt werden kann.

Hieraus folgt zugleich, daß Preußen für jetzt auch keinen Anlaß zu vorgängigen Verhandlungen mit einem derjenigen Fürsten hat, welche Ansprüche auf die Herrschaft in Schleswig-Holstein erheben zu können vermeinen. Die preussische Regierung steht zunächst eben nur im Begriff, dem Verbündeten und Mitbesitzer der Herzogthümer diejenigen Voraussetzungen zu bezeichnen, unter welchen allein Preußen von seinem Standpunkte aus in die Einsetzung irgend einer definitiven Herrschaft in Schleswig-Holstein willigen könnte. Erst nachdem diese Voraussetzungen durch Vereinbarung zwischen Preußen und Oesterreich festgesetzt sind, wird es sich darum handeln können, denjenigen Fürsten, welchen nach anderweitiger gründlicher Untersuchung, Abwägung und gemeinsamer Feststellung etwaiger Erbansprüche, der dabei mit in Betracht kommenden Wünsche der Bevölkerung und sonstiger politischer Gesichtspunkte ein Anrecht auf die künftige Regierung der Herzogthümer zuerkannt werden sollte, zuvörderst zur unbedingten Annahme und Sicherstellung jener unerläßlichen Vorbedingungen zu veranlassen.

Es geht hieraus hervor, daß die Frage über die künftige Herrschaft in Schleswig-Holstein und die Prüfung der bezüglichlichen Erbberechtigungen durch die bevorstehende Mittheilung an Oesterreich nicht berührt wird. Für die Entscheidung über jene Seite der Frage soll bekanntlich das Urtheil des Kronsyndikats unserer Regierung die wünschenswerthe Grundlage gewähren.

Die Zeitungen bringen über den Inhalt der bevorstehenden preussischen Mittheilungen nach Wien bereits vielfache Angaben, welche jedoch selbstverständlich auf bloßer Vermuthung und Erfindung beruhen und in welchen durchweg Halbwahres mit völlig Falschem gemischt ist.

Ebenso wollen die Zeitungen bereits von Aeußerungen wissen, welche von Seiten des Wiener Kabinetts über die preussischen Vorschläge im Voraus hierher gelangt seien. Alles, was darüber von Wien oder von Berlin gemeldet wird, ist völlig grundlos und rein aus der Luft gegriffen.

Se. Majestät der König war in der letzten Woche durch eine leichte Erkältung genöthigt, das Zimmer zu hüten, konnte jedoch alle Vorträge entgegen nehmen und Audienzen ertheilen. Se. Majestät empfing auch eine Deputation aus Neuvorpommern und Rügen, welche den König und die Königin, so wie das Kronprinzliche Paar zur Theilnahme an der im Juni d. J. bevorstehenden 50jährigen Jubelfeier der Vereinigung dieser Landestheile mit Preußen aufforderte. Die Eingeladenen haben ihre Betheiligung gnädigst zugesagt.

(Thätigkeit des Abgeordnetenhauses.) In der Rheinprovinz besteht ein altes Gesetz vom Jahre 1669 und Verordnungen vom Jahre 1805 und 1815, nach denen die Anlage von Gebäuden in der Nähe von Waldungen ohne besondere Genehmigung der Behörden bei Strafe des Niederreißens der Gebäude und der Confiscation der Baumaterialien und des Grundes und Bodens untersagt ist. Die Entfernung, innerhalb welcher nicht gebaut werden soll, ist auf ungefähr 200 Ruthen festgesetzt.

Die Staatsregierung erkannte die Härte dieser Bestimmungen,

welche theils in der großen Entfernung, theils in der angedrohten Confiscation, theils darin liegt, daß jene Gesetze auf Staatswaldungen ohne Rücksicht auf den Umfang, auch auf die kleinste Parzelle, Anwendung finden. Sie legte daher dem Landtage einen Gesetzentwurf vor, in welchem die Entfernung auf 60 Ruthen vom Waldrande herabgesetzt, statt der Confiscation nur eine Geldbuße von 5 bis zu 20 Thln. angedroht, und die Bestimmung nur auf Waldflächen von mindestens 500 Morgen angewandt werden sollte.

Der Kommission des Abgeordnetenhauses war dies nicht genügend. Sie meinte, daß die Zwecke des Forstschutzes und der Sicherung vor Feuergefahr keineswegs die Beschränkung in der Freiheit der Errichtung von Gebäuden in der Nähe von Waldungen erfordern, und beantragte, den von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf abzulehnen und die bestehenden Beschränkungen schlechweg aufzuheben.

Nun wies freilich der Finanzminister in der Sitzung vom 20sten d. Mts. nach, daß es für die Forstverwaltung ganz unmöglich sei, jeden Schutz ihrer Waldungen in jener Beziehung aufzugeben, und erklärte, daß die Regierung deshalb den zu weit gehenden Anträgen der Kommission nicht beitreten könne, und daß es daher, wenn die Erleichterung, welche die Regierung anbiete, nicht angenommen werde, beim Alten bleiben müsse. Dennoch nahm die Mehrheit den Kommissions-Antrag an.

Der Entwurf der Regierung ist hiernach abgelehnt und, da dieselbe dem Entwurf des Abgeordnetenhauses nicht zustimmt, so bleibt es bei den alten harten Bestimmungen.

Wir zweifeln, daß die Bewohner der Rheinprovinz dem Abgeordnetenhause dafür danken werden.

(Die Amtsblätter) enthalten bekanntlich seit Beginn dieses Jahres auch belehrende Mittheilungen über öffentliche Angelegenheiten.

Die Staatsregierung hat sich durch die erfreulichen Erfolge, welche die neue Einrichtung und Benützung der Kreisblätter zu politischen Erörterungen in einem großen Theil der Monarchie gehabt hat, veranlaßt gesehen, in der eingeschlagenen Richtung weiter vorzugehen. Als geeignete Organe für die Aufklärung der Bevölkerung über öffentliche Angelegenheiten und über die Stellung der Regierung zu denselben mußten besonders die Regierungs-Amtsblätter erscheinen.

Schon in der Verordnung vom 28. März 1811, so wie in der Verordnung vom 9. Juni 1819, auf welche die ganze Einrichtung der Amtsblätter beruht, ist die Belehrung über öffentliche Angelegenheiten ausdrücklich als ein Theil des Inhalts derselben bezeichnet worden. Wenn die Ausführung dieser Bestimmung unter den früheren Verhältnissen nicht alsbald als ein dringendes Bedürfnis erkannt worden ist, so ließ dagegen die inzwischen eingetretene Entwicklung der Tagespresse es als Pflicht der Regierung erscheinen, keines der in ihre Hände gelegten Mittel unbenuzt zu lassen, um den verwirrenden Einflüssen der Parteiorgane durch eine wahrheitsgetreue Darstellung der öffentlichen Verhältnisse entgegenzutreten.

In solcher Absicht hat der Minister des Innern durch eine Verfügung an sämtliche Regierungen angeordnet, daß die Amtsblätter ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß fortan auch zur Belehrung des Publikums über öffentliche Angelegenheiten benützt werden. Es wird dies in doppelter Beziehung geschehen, einerseits durch Belehrung über allgemeine Staatsangelegenheiten, andererseits durch Mittheilungen über provinzielle Vorgänge von allgemeinerem Interesse.

In ersterer Beziehung soll allwöchentlich ein belehrender Aufsatz über eine wichtige öffentliche Frage von Berlin aus an sämtliche Amtsblätter zur Aufnahme in die nächste Nummer übersandt werden. Der Abdruck derselben wird auf den ersten Seiten des Amtsblattes unmittelbar nach der Anzeige des Inhalts der Gesetz-Sammlung erfolgen.

Was die Mittheilung provinzieller Natur betrifft, so soll aus dem laufenden Verwaltungs-Material wöchentlich eine Reihe Notizen von allgemeinerem Interesse veröffentlicht werden.

Die allgemeinen Ergebnisse der provinziellen Verwaltung, statistische Mittheilungen, Andeutungen von bevorstehenden Einrichtungen und Unternehmungen, namentlich aus dem Bereiche von Handel und Gewerbe, so wie andere Mittheilungen von erheblicher Bedeutung, werden für den in Rede stehenden Zweck vorzugsweise geeignet sein und unzweifelhaft dazu beitragen, dem Amtsblatt allmählig das Interesse und die Beachtung der Bevölkerung in höherem Grade als bisher zuzuwenden.